

Die Mainstream-Medien würden ausrasten, wenn Frankreichs Millionenprotest in Russland stattfände

26. März 2023 | Andrew Korybko

Die Mainstream-Medien, ihre Verbündeten in der Regierung und deren Vertreter vor Ort haben im vergangenen Jahr unablässig und vergeblich versucht, in Russland groß angelegte Proteste nach dem Vorbild der Ereignisse in Frankreich in der vergangenen Woche zu provozieren, um die russische Regierung zu delegitimieren und die Sicherheitsdienste mit einer künstlich erzeugten innenpolitischen Krise abzulenken.

Das französische Innenministerium hat bestätigt, dass sich am Donnerstag über [eine Million Menschen](#) an landesweiten Protesten gegen Macrons einseitige Anhebung des Rentenalters beteiligt haben. Die Sicherheitskräfte [gingen hart gegen einige der Demonstranten vor](#), aber die Mainstream-Medien (MSM) vermieden es meist, ihr Publikum darüber zu informieren. Niemand sollte jedoch bezweifeln, dass sie auch bei einem Millionenprotest in Russland ausgerastet wären, vor allem, wenn es auch dort ein hartes Durchgreifen gegeben hätte.

Die Medien, ihre Verbündeten in der Regierung und deren Vertreter vor Ort haben [im vergangenen Jahr](#) unablässig versucht, genau das zu provozieren, um die russische Regierung zu delegitimieren und die Sicherheitsdienste mit einer künstlich erzeugten innenpolitischen Krise abzulenken. Diese Bemühungen waren aufgrund des [ausgeprägten Patriotismus](#) der betroffenen Bevölkerung, der sie weitgehend gegen den schädlichen Einfluss ausländischer Akteure immunisiert, vergeblich.

Eine Million Menschen ist eine kritische Masse, die mehr als fähig ist, einen bedeutenden politischen Wandel herbeizuführen, selbst im Angesicht eines harten Durchgreifens wie dem, das Macron gegen seine eigenen Bürger anordnete. Es ist zwar noch zu früh, um vorherzusagen, ob es dieser Bewegung gelingen wird, ihn dazu zu bringen, seine einseitige Anhebung des Rentenalters rückgängig zu machen, aber allein die Tatsache, dass so viele Menschen zusammenkamen, um dagegen zu protestieren, sagt viel darüber aus, wie unpopulär dieser Schritt war.

Diese unerwartete Entwicklung gibt natürlich Anlass zu einigen Überlegungen über den Zustand der Demokratie im Westen, insbesondere wenn man bedenkt, wie verzweifelt die Medien diese Proteste und Macrons Vorgehen dagegen herunterspielen. Zunächst einmal hat der französische Staatschef auf eine verfassungsrechtliche Maßnahme zurückgegriffen, um seinen politischen Willen durchzusetzen, ohne ihn in der Nationalversammlung [zur Abstimmung zu stellen](#). Das ist zwar legal, aber dennoch skandalös und beweist, dass er wusste, dass er gegen den Willen des Volkes handelt.

Dies wiederum bestätigt, dass die westliche Demokratie die Bevölkerung nicht perfekt repräsentiert, anders als ihre leidenschaftlichsten Befürworter, die sie ins Ausland exportieren wollen, behaupten. In Wirklichkeit hat dieses System seine Mängel wie jedes andere auch, aber der entscheidende Unterschied besteht darin, dass die MSM selten die dringend erforderliche Selbstkritik an dieser Regierungsform üben, um zu vermeiden, dass sie in den Augen der weltweiten Mehrheit, die in

nicht-westlichen Ländern lebt und eine [nationale Form der Demokratie](#) praktiziert, in Misskredit gerät.

Diese Doppelmoral ist sinnbildlich für die „regelbasierte Ordnung“ des Westens, bei der es in Wirklichkeit um deren willkürliche Durchsetzung zugunsten amerikanischer Interessen geht, manchmal sogar auf Kosten des eigenen Ansehens, wie die heuchlerische Haltung gegenüber dem „[Internationalen Strafgerichtshof](#)“ beweist. Die Anwendung staatlicher Gewalt wird vom Westen unterstützt, wenn es darum geht, die Herrschaft eines befreundeten Führers wie Macron aufrechtzuerhalten, während sie verurteilt wird, wenn ‚unfreundliche‘ nicht-westliche Führer wie der Iran oder Russland dasselbe tun.

Es ist unerheblich, ob in beiden Beispielen argumentiert werden kann, dass ein hartes Durchgreifen erforderlich war, um Recht und Ordnung für die Sicherheit der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Der Westen legt in solchen Situationen aus rein politischen Gründen nicht die gleichen Maßstäbe an. Kein wichtiger Politiker oder einflussreicher Medienvertreter wird in einem solchen Szenario Sanktionen gegen Macron, die französische Regierung oder das Land als Ganzes fordern, wie sie es gegen den Iran oder Russland tun würden.

Es besteht auch keine Chance, dass sie den Franzosen, die nach der jüngsten Gewalt aus ihrem Land fliehen, politisches Asyl gewähren, und kein westliches Land wird irgendwelche Personen oder Gruppen aufnehmen, die einen gewaltsamen Regimewechsel gegen Macron anstreben. Dem Westen mag es unangenehm sein, dass mehr als eine Million Menschen gegen Macron protestiert hat und das daraus resultierende Durchgreifen die Aufmerksamkeit auf die bereits erwähnten Punkte lenkt, die bisher in seinem Artikel genannt wurden, aber sie werden Frankreich trotzdem anders behandeln als den Iran oder Russland.

Schlussfolgerung

Die Prinzipien, die traditionell mit der westlichen Demokratie in Verbindung gebracht werden, sind nicht wirklich so unantastbar, wie die Medien und Staatsbeamten in diesem [de facto neuen Block des Kalten Krieges](#) behaupten. Das westliche Regierungssystem ist nicht per se besser oder schlechter als das seiner nicht-westlichen Pendant, aber der entscheidende Unterschied besteht darin, dass die Medien sich nicht so oft selbstkritisch mit ihm auseinandersetzen, wie sie es bei anderen tun. Diese Doppelmoral ist ein Merkmal der westlichen Demokratie und kein Fehler, wie eine wachsende Zahl von Menschen feststellt.